

Mit allen Folgen für die demokratische Gesellschaft: Gender-Narrative im AfD-Wahlprogramm 2021

Wilde, Gabriele

2022

<https://doi.org/10.25595/3756>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilde, Gabriele: *Mit allen Folgen für die demokratische Gesellschaft: Gender-Narrative im AfD-Wahlprogramm 2021*, in: *Femina politica* : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 31 (2022) Nr. 1, 119–123. DOI: <https://doi.org/10.25595/3756>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v31i1.12>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Mit allen Folgen für die demokratische Gesellschaft: Gender-Narrative im AfD-Wahlprogramm 2021

GABRIELE WILDE

Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 kam die Partei Alternative für Deutschland (AfD) nur noch auf 10,3 Prozent der Stimmen und schnitt mit einem für sie eher ernüchternden Ergebnis ab. Wähler*innen der demokratischen Parteien wiederum mag es hoffnungsvoll gestimmt haben, dass die rechtsautoritäre Partei im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl 2017 einen Stimmenverlust von 2,3% hinnehmen musste und mit 11 Abgeordneten weniger, also nur 83 statt 94 Sitzen als fünftstärkste Fraktion in den Bundestag einzog.¹

Doch wäre es naiv, die Ergebnisse als Zeichen eines Aufstandes der demokratischen Gesellschaft gegen den rechtsautoritären Trend zu werten – denn wie in anderen Ländern wirkt das Autoritäre auch in Deutschland vor allem in der Gesellschaft. Dort sorgt die autoritär-populistische Rechte anhand ihrer Wahlprogramme sowie ihren in öffentlichen Auftritten initiierten Kulturkämpfen für erhebliche Unruhen, indem sie etwa Querdenker*innen-Bewegungen anfacht und so zu ihrer Radikalisierung beiträgt. Die damit einhergehende Wucht und Beständigkeit der Angriffe auf die Demokratie spiegeln sich kaum in den Wahlergebnissen wider; vielmehr transformieren die diskursiven Praxen des Autoritären gesellschaftliche Machtbeziehungen und haben somit auch erhebliche Effekte für demokratische Geschlechterverhältnisse (Wilde 2021), wie im Folgenden anhand des AfD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl gezeigt werden soll.

Eine saubere Gesellschaft: Politik der Naturalisierung und Rhetorik des Irrationalen als diskursive Praxisform

Auch wenn die Rechtsautoritären auf einer politisch-institutionellen Ebene Federn lassen mussten, schafft es die AfD als diskursive Akteurin bis heute, anhand einer Verknüpfung von Narrativen zu Volk, Gender und Migration die Zivilgesellschaft zu instrumentalisieren, zu polarisieren und zu radikalisieren. Die damit einhergehende Abwendung von der Demokratie (Applebaum 2021, 21) ist vor allem mit Blick auf Vorstellungen einer natürlichen Geschlechterordnung als wesentliches Element sowohl des AfD-Wahlprogramms zur Europawahl (Bloemen/Wilde 2019) als auch ihres Bundestagswahlprogramms (AfD 2021) insbesondere aus feministischer Sicht besorgniserregend. Denn mit dem Fokus auf Geschlecht als biologische und natürliche Kategorie gelingt es der Partei, das Leitbild der Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ (ebd., 102), als „Sozialisationsraum und emotionale intergenerative Lebensgemeinschaft“ (ebd., 103) sowie als „generationsübergreifende Wirtschafts- und Versorgungsgemeinschaft“ (ebd.) zu stabilisieren, wobei in Verbindung mit einer starren geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung freilich andere Familienformen,

wie etwa Wahlfamilien u.a., von diesen wichtigen gesellschaftlichen Funktionen ausgenommen bleiben.

Gleichzeitig werden zentrale Begriffe und Konzepte von Repräsentation, Partizipation und Identität mit neuen Bedeutungen versehen, wie etwa mit der Forderung nach einer „Würdigung traditioneller Lebensentwürfe und die Wertschätzung der Lebensleistung von Frauen, die Familien gründen und Kinder großziehen“ (ebd., 113).

Mit diesem traditionellen Familienmodell, bestehend aus „Vater, Mutter und Kindern“ (ebd., 102) werden Projektionen unterschiedlichster menschlicher Sehnsüchte für „Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück“ (ebd.) gebündelt. Die Familie als ein vertrautes und damit auch verlässliches „Werte- und Bezugssystem“ (ebd.) errichtet so einen Schutzwall gegen neue, andere Modelle des Zusammenlebens und plurale Familienformen. Gleichstellungspolitik wird vor diesem Hintergrund zu einem Synonym für die kontrollierte Zerstörung traditioneller Geschlechterrollen und Familienkulturen. Ihre Bedeutung speist sich aus dem, was die Rechtsautoritäten befürchten und den Gender-Mainstreaming-Maßnahmen als Ziel unterstellen: „das biologische Regel-Ausnahme-Verhältnis umzukehren“, „neue Kategorien der Geschlechtszuordnung einzuführen“, die „biologische Geschlechterbindung“ – also heteronormative Geschlechterrollen – abzuschaffen und damit den Menschen über die „von der Natur gesetzten Grenzen“ hinaus umzugestalten (ebd., 112).

Allein die Abschaffung des Gleichstellungsrechts wie auch die ethische und familienpolitische Rahmung politischer Maßnahmen werden im autoritären Rechtsdiskurs als geeignete Lösungen gegen eine „vom Parteienkartell propagierte Gleichstellung und Gleichmacherei“ (ebd., 19) gesehen, um die „gesetzlich vorgeschriebene Ungleichbehandlung im Sinne der Antidiskriminierung“ (ebd., 22) zu verhindern. Gleichstellungspolitik allenfalls im Rahmen einer „aktivierenden, also geburtenfördernden Familienpolitik“ (ebd.) gewährt demnach die Geltung des Gleichheitsgrundsatzes Artikel 3 des Grundgesetzes (GG). So sollen Familienbeauftragte anstelle von Gleichstellungsbeauftragten (ebd., 152) „die familienfreundlichen Entscheidungen sicherstellen und somit die aktivierende Familienpolitik unterstützen“ (ebd., 107), „(s)taatliche Leistungen und Verwaltungsabläufe (...) systematisch auf Familienfreundlichkeit“ (ebd.) geprüft und „für Familiengründungen und das Leitbild der 3-Kind-Familie“ (ebd.) in Form sozialer Marketingmaßnahmen geworben werden. Während mit dem Fokus auf Familie die politische Strategie der (Re-)Traditionalisierung in erster Linie die Funktion erfüllt, die Partei als Garant für Sicherheit und Ordnung in einer zunehmend globalisierten, pluralisierten und heterogenen Welt zu präsentieren, spielt die AfD offen mit Anti-Gender-Frames, um sowohl rechts-extreme als auch konservative Stimmen zu gewinnen und Macht zu erlangen. Mit Aussagen zur „Gender-Ideologie“ (ebd., 152), die biologische Unterschiede zwischen Männern und Frauen leugne und behaupte, dass Geschlechter nur „soziale Konstrukte seien“ (ebd.), beruft sich die Strategie des Anti-Genderismus (Hark/Villa 2015) auf antipluralistische, restriktive und heteronormative Prinzipien. Die damit

einhergehende Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Formen von Geschlechtsidentitäten und -praktiken – wie etwa die Verleumdung der KITAS als Ort politischer Ideologisierung in Zusammenhang mit „Genderwahn“ (AfD 2021, 111) – begünstigt vor allem das Aufkommen von Verschwörungstheorien und „Ausbrüche des Irrationalen“ (Applebaum 2021, 22), die auf einer „Abwehr der rationalen Argumentation, des diskursiven Denkens überhaupt“ (Adorno 2019 [1967], 34) beruhen. Erschwert wird die vernunftgeleitete Debatte zudem anhand diskursiver Praktiken, welche die Kategorie Geschlecht über die enge Bindung an die Familie hinaus mit anderen Differenzkategorien – wie race, Nationalität und Ethnizität – verschränken, um Anti-Migrationspolitik zu legitimieren; so etwa im Verweis auf die herrschende politische Klasse, die „Multikulturalität, Diversität, Globalisierung und vermeintliche Gendergerechtigkeit über alles (stellt)“ und damit „die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes, die Stärke unserer Wirtschaft und (...) unseres Wohlstandes“ (AfD 2021, 12) aufs Spiel setzt. In diesem Sinne wird die Geschlechterdifferenz zu einem Phänomen, das willkürlich und undifferenziert mit Fragen der Identität, Migration sowie der Flüchtlings- und Asylpolitik verknüpft wird. Kulturelle Identität wird vor allem in Zusammenhang mit einer geburtenfördernden Familienpolitik (ebd., 102) betont und die drohende Gefahr ihrer Demontage durch eine „Critical Race Theory“ und einer Verteufelung des „weißen Mannes“ (ebd., 159) mit der Forderung einer identitätswahrenden Migrationspolitik (ebd., 96f.) verbunden. Es sind solche Zusammenhänge in der Programmatik, die eher Menschen mit einer autoritären Prädisposition im Sinne einer Intoleranz gegenüber Diversität, Differenz und Fremden (Stenner 2005) ansprechen und damit das eigentlich demokratiegefährdende Grundmotiv des autoritären Populismus offenbaren: die Säuberung der Gesellschaft von allem ‚Anderen‘.

Die geschlossene Gesellschaft: Verdrängung von Differenz und Pluralität aus der politischen Öffentlichkeit

Die damit einhergehende neue binäre Codierung, in der die Geschlechterdifferenz eine treibende Kraft für die „Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse“ (Hall 2014, 122) darstellt, ist derzeit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu beobachten. Dies gelingt anhand von diskursiven Praxen, die vor allem bei Bürger*innen, „die keine Komplexität aushalten“ (Applebaum 2021, 23), Emotionen wie Angst und Unsicherheit hervorrufen und damit manipulierbar machen. Offenbar können aber auch zivilgesellschaftliche Gruppen, Medien und Akteur*innen – vor allem im Zuge der Anti-Corona-Proteste – zunehmend davon überzeugt werden, in ihren Diskursen verstärkt (Hetero-)Sexismus, Rassismus und Antisemitismus als „Diskriminierungsoperatoren“ (Dietze 2016, 94) einzusetzen, um politischen Hass zu organisieren, Fremdenfeindlichkeit zu schüren und gegen Geschlechtergleichstellung zu agitieren. Aussagen zur Antidiskriminierung verbinden sich mit einer radikalen Staatskritik, die auf die Entmachtung des Rechtsstaates zielt und mit Verschwörungsnarrativen

verwoben ist. Doch führt der Bezug auf das Geschlecht nicht nur zu neuen diskursiven Umdeutungen von Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit, sondern dient zur Legitimation von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Heterosexismus.

Damit einhergehend lässt sich eine „Dekultivierung der Mittelschicht“ (Speit 2021) beobachten, indem die immer lauter werdenden Corona-Protestbewegungen unterschiedlichste Milieus und Gruppen wie etwa Impfgegner*innen, Esoteriker*innen, Menschen der politischen Linken und Reichsbürger*innen zusammenbringen und ein zunehmend aggressives und unzivilisiertes Verhalten fördern (Fiedler/Jansen 2021). So warnt das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (2021) in seinem Verfassungsschutzbericht 2020 vor einer wachsenden Bedrohung durch Akteur*innen der rechtsautoritären Szene. Diese setzten – wie etwa der AfD-interne Zusammenschluss „Der Flügel“ und die offizielle Jugendorganisation der AfD „Junge Alternative für Deutschland“ (JA) (ebd., 96) – verstärkt „antiliberalen und antidemokratischen Positionen in Gesellschaft und Politik“ (ebd., 74ff.) durch. Mit ihrer „erwiesenen rechtsextremistischen(n) Bestrebung“ (ebd., 93) radikalisieren diese Organisationen und Bewegungen gesellschaftliche Debatten insbesondere über soziale Medien wie Facebook, Instagram, Twitter und Telegram und forcieren den Abbau ideologischer Tabuzonen.

Aber auch die Anschlussfähigkeit der sogenannten „Pro-Life-Bewegung“ an die autoritären Rechte (Achtelik 2018) verdeutlicht, dass sich antifeministische Diskurse und Haltungen etabliert haben (Wiedemann 2019, 56) und in Form von Hassreden, Morddrohungen und zunehmender Gewalt gegen Frauen* und alle, die nicht zur Gruppe weißer deutscher Männer gehören, erheblichen und bleibenden Einfluss auf die demokratischen Grundlagen der Gesellschaft nehmen (Land Nordrhein-Westfalen 2021). Vor diesem Hintergrund ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das ausgehend von der Klage der Grünen-Politikerin Renate Künast Beleidigungen in sozialen Medien deutliche Grenzen setzt, als ein großer Erfolg gegen Hassreden im Netz zu betrachten (Süddeutsche Zeitung 2.2.2022).

In Verbindung mit Gender-Narrativen bringt der autoritäre Diskurs der AfD schließlich einen gewaltförmigen Öffentlichkeitsraum hervor, aus dem die Pluralität kultureller und geschlechtlicher Identitäten zunehmend verdrängt und die Politisierung geschlechtlicher Differenz- und Machtverhältnisse verhindert werden soll. Diskursive Strategien der Naturalisierung und Ideologisierung verengen die politische Öffentlichkeit als einen „konfliktreichen Raum“ (Rancière 2019, 15) und verfestigen den Gegensatz von apolitischer Privatheit und politischer Öffentlichkeit, indem sie Vorstellungen von einer ‚natürlichen‘ Geschlechter- und Familienordnung mit dem Schutz nationaler und kultureller Identität absichern. Entscheidend für die Schließung des Öffentlichkeitsraumes und die Verbannung der Differenz aus dem demokratischen Diskurs ist nicht zuletzt das Ausmaß an Wut, Hass Ablehnung, Respektlosigkeit, Missachtung und Diskriminierung Anderer, das mit der binären Logik autoritärer Diskurse erschreckend zunimmt; damit vermag – das jedenfalls haben die Tumulte vor dem Berliner Reichstag am 30. August 2020 und der Angriff auf das

US-amerikanische Kapitol am 6. Januar 2021 gezeigt – eine Minderheit die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft durchaus anzugreifen und nachhaltig zu beschädigen.

Anmerkung

- 1 Nach SPD (25,7%, 206 Sitze), CDU/CSU (24,1%, 197 Sitze), Grüne (14,8%, 118 Sitze) und der FDP (11,5%, 92 Sitze) und vor den Linken (4,9%, 39 Sitze) mit dem geringsten Frauenanteil (13,25%, 11 Frauen).

Literatur

Achtelik, Kirsten 2018: Für Föten und Werte. Die „Lebensschutz“-Bewegung in Deutschland. In: Lang, Juliane/ Peters, Ulrich (Hg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt. Hamburg, 117-138.

Adorno, Theodor W., 2019 [1967]: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Berlin.

AfD 2021: Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Bundestag.

Applebaum, Anne, 2021: Die Verlockung des Autoritären. Warum antidemokratische Herrschaft so populär geworden ist. München.

Bloemen, Henrike/**Wilde**, Gabriele, 2019: Genderdiskurse im bundesdeutschen Wahlkampf zur Europawahl 2019: Zwischen feministisch-demokratischem Aufbruch und rechtsautoritärer Aushöhung. In: Femina Politica. 28 (2), 150-154.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2021: Verfassungsschutzbericht 2020. Berlin.

Dietze, Gabriele, 2016: Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Silvesternacht. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. 2 (1), 177-185.

Fiedler, Maria/**Jansen**, Frank, 2021: Mehr gewaltbereite Extremisten in Deutschland. In: Tagespiegel, 16.6.2021, 1.

Hall, Stuart, 2014: Eine permanente neoliberale Revolution? In: Ders.: Populismus, Hegemonie, Globalisierung. Ausgewählte Schriften. Hamburg, 228-253.

Hark, Sabine/**Villa**, Paula-Irene (Hg.), 2015: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld.

Land Nordrhein-Westfalen, 2021: Verfassungsschutzbericht 2020.

Rancière, Jacques, 2019: An den Rändern des Politischen. Wien.

Speit, Andreas, 2021: Verqueres Denken: Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus. Berlin.

Stenner, Karin, 2005: The Authoritarian Dynamic. Cambridge.

Süddeutsche Zeitung, 2022: Künast setzt sich im Streit um Hassposts durch. Süddeutsche Zeitung, 2.2.2022. Internet: <https://www.sueddeutsche.de/politik/hass-und-hetze-rene-kuenast-bundesverfassungsgericht-facebook-1.5520400> (3.2.2022).

Wiedemann, Carolin 2019: Abtreiben gegen Deutschland. Missy Magazine. Das Magazin für Pop, Politik und Feminismus. 3, 56-57.

Wilde, Gabriele, 2021: Die Macht der Gesellschaft. Das Autoritäre im Kontext von (Geschlechter-) Differenz und Konfliktualität. In: Westphal, Manon (Hg.): Agonale Demokratie und Staat. Baden-Baden, 253 - 275.